

Nr. **XIX. GP-NR**
1082 **1995-05-05**

Anfrage

der Abgeordneten Bruni Fuchs

Genossinnen und Genossen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend der finanziellen, personellen und organisatorischen Unterstützung der FSI bei den ÖH-Wahlen durch die F-Partei.

Mathias Konschil ist einer der Kandidaten der FSI (Freiheitliche Studenteninitiative) für den Hauptausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft an der Uni Wien. Mathias Konschil klagt - wie Recherchen des Verbands Sozialistischer Studentinnen und Studenten (VSSTÖ) ergeben haben - als Schriftwart der Wiener akademischen Burschenschaft "Olympia" in einem Leserbrief, abgedruckt in der Zeitung "fakten" (siehe Beilage), daß ein österreichischer Staatsbürger bloß wegen seiner Gesinnung von einem österreichischen Gericht zu zehn Jahren Haft verurteilt wird. Gemeint in diesem Leserbrief ist der rechtskräftig wegen Wiederbetätigung verurteilte Gottfried Küssel.

Das Eintreten von Mathias Konschil für die Beseitigung des Wiederbetätigungsverbotes und die Verteidigung der Gesinnung des rechtskräftig verurteilten Neonazis Gottfried Küssel zeigt klar den politischen Standpunkt dieses FSI-Kandidaten. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß die FSI-Liste, die am Zentralausschuß als "FSI Freiheitliche Studenten - Wahlplattform FSI/RFS/LLST" kandidiert, und Kandidaten wie Mathias Konschil auf ihren Listen führt, von der F-Partei finanziell, personell und organisatorisch unterstützt wird.

Damit - und auch mit Auftritten Jörg Haiders für diese Liste an der Universität bei vergangenen Wahlkämpfen, als auch noch Mitglieder der ANR (Aktion Neue Rechte) auf FSI-Listen kandidierten - wird die Nahebeziehung in politischer, personeller, finanzieller und organisatorischer Hinsicht zwischen rechten Extremisten wie Mathias Konschil und Jörg Haider klar. Unterstrichen wird die Nahebeziehung zwischen der FSI und der F-Partei außerdem durch die Tatsache, daß Jörg Haider sieben Nationalratsabgeordnete der F-Partei, federführend den hochschulpolitischen Sprecher Martin Graf, beauftragt hat, den ÖH-Wahlkampf der Freiheitlichen Studenten auszurichten und zu organisieren. So findet jedes Auftreten des Bundesvorsitzenden der Freiheitlichen Studenten, Alexan-

der Höferl, in Sachen ÖH in der Öffentlichkeit immer gemeinsam mit Martin Graf statt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Sind Ihnen auch andere Beziehungen zwischen der F-Partei bzw. deren Repräsentanten und rechtsextremistischen Personen bzw. Personengruppen bzw. Vereinen bekannt?
2. Wenn ja, mit welchen rechtsextremistischen Personen bzw. Personengruppen bzw. Vereinen bestehen diese Kontakte?
3. Sind Ihnen außer der Finanzierung der FSI mit ihrem oben beschriebenen Kandidaten Mathias Konschil auch noch andere finanzielle oder organisatorische Unterstützungen der F-Partei für extremistische Personen bzw. Personengruppen bzw. Vereinen bekannt?
4. Ist Ihnen bekannt, ob über die staatliche Parteienfinanzierung Gelder von der F-Partei an solche Personen bzw. Personengruppen bzw. Vereine geflossen sind und wenn ja, in welcher Höhe?
5. Welche rechtsstaatlichen Mittel gibt es, um parteiliche Finanzierung von rechtsextremistischen Personen bzw. Personengruppen bzw. Vereinen zu unterbinden bzw. ein Verbot zu exekutieren?

USSTOE BUND

4085833

04-05-95 15:50

P. e

fakten

Leserbrief

Seite: 15



wiener akademische
Burschenschaft

GUMPENDORFERSTRASSE 149

OLYMPIA

1062 WIEN

TEL: 0222/597 92 98

Sehr geehrte Schriftleitung der "fakten", lieber Horst Rosenkranz!

8.11.1993

Bezugnehmend auf Ihre Argumente "In eigener Sache" von Nr. 25/93 möchten wir Ihnen unsere Enttäuschung und Betroffenheit mitteilen.

Am laufenden Band werden in unserem Land Personen ausschließlich wegen ihrer Gesinnung vor Gericht gestellt und abgeurteilt, ohne daß irgendjemand für diese meist jugendlichen Menschen Partei ergreift. Ihr einziges Verbrechen besteht darin, daß sie öffentlich sagen, was sie sich denken. Sie fallen ihrer Naivität zum Opfer, weil sie an die viel zitierte Meinungsfreiheit in Österreich glauben.

Amnesty International, der Europäische Gerichtshof und andere sonst recht rührige Organisationen schweigen zu dieser Meinungszensur, ja sie befürworten sie sogar, wenn s.g. "Neonazis" damit zum Schweigen gebracht werden.

Im vergangenen Monat wurde bloß wegen seiner Gesinnung ein österreichischer Staatsbürger von einem österreichischen Gericht zu 10 Jahren Haft verurteilt.

Es geht nicht darum, wer diese Person ist, und auch nicht um die Frage, ob es klug und richtig war, was er bei seinem Interview vertreten hat. Es geht ausschließlich darum, daß hier jemand zu 10 Jahren Haft verurteilt wird, weil er etwas gesagt hat!

Für ein solches Strafausmaß muß man bei heute praktizierter Rechtsordnung mindestens einen Menschen umbringen. Verbotene Meinungsäußerungen stehen nach dem Strafausmaß äquivalent der Tötung von Menschen gegenüber.

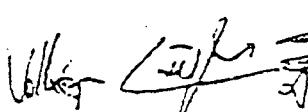
Niemand darf dazu schweigen, jeder muß im Rahmen seiner Möglichkeiten zu diesem Unrecht Stellung beziehen.

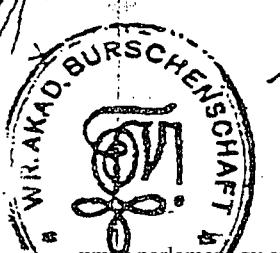
Insbesonders von Parteien, die sich freiheitlich oder gar liberal nennen, müßte man nun einen Aufschrei erwarten können. Nationalratsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Bezirksräte u.s.w. haben Möglichkeiten, diesen Gesinnungsterror aufzudecken und in ihren Gremien und Ausschüssen vorzutragen – dazu wurden sie schließlich gewählt und dafür werden sie bezahlt. Daß dies nicht geschieht, weil das Eisen doch zu heiß ist, nimmt man erwartungsgemäß wieder einmal enttäuscht zur Kenntnis.

Man muß leider feststellen, daß auf programmatische Worthülsen keine Taten folgen und dann, wenn die Meinungsfreiheit wirklich gefährdet ist, alle schweigen ...

.... Ihre Möglichkeiten, hier aufklärend zu wirken, liegen im Rahmen der "fakten", die wir bisher als ausschließlich der Wahrheit verpflichtete und selbstbewußte Zeitschrift kennengelernt haben. Umsomehr trifft es auf unser Unverständnis, daß Sie schreiben, in dieser Angelegenheit schweigen zu müssen.

Wir ersuchen um Veröffentlichung,
mit Olympengruß und Handschlag.


Volker Lindinger (x)
Sprecher



www.parlament.gv.at


Matthias Konschil (x)
Schriftwart